

Landtag von Baden-Württemberg

91. Sitzung

14. Wahlperiode

Stuttgart, Mittwoch, 14. April 2010 • Haus des Landtags

Beginn: 10:03 Uhr

Mittagspause: 13:10 bis 14:00 Uhr

Schluss: 18:14 Uhr

1. Aktuelle Debatte – **Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg – den Spitzenplatz erhalten** –
beantragt von der Fraktion der FDP/DVP 6393
- Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP 6393, 6403
Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU 6395
Abg. Dr. Rainer Prewo SPD 6397
Abg. Edith Sitzmann GRÜNE 6399, 6404
Minister Ernst Pfister 6400

Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Eine Volkswirtschaft ist nur so stark, wie sie Krisen bewältigt. Das abrupte Ende des globalen Investitionsbooms, das Tempo und das Ausmaß des weltwirtschaftlichen Nachfrageeinbruchs haben unsere exportorientierte Wirtschaft mit dem Fahrstuhl in den Keller gezogen. Noch nie in der Wirtschaftsgeschichte unseres Landes haben wir eine Rezession dieses Ausmaßes erlebt. Wer geglaubt hat, dass die Landesregierung in Pessimismus und Handlungsunfähigkeit verharret, sah sich getäuscht. Wir sind die Treppe wieder hochgestiegen.

(Lachen bei Abgeordneten der SPD – Zuruf der Abg. Katrin Altpeter SPD)

Das war und ist mühsam, aber wir haben alle mitgenommen,

(Zuruf des Abg. Peter Hofelich SPD)

die Menschen und die mittelständischen Unternehmen.

Die Anzeichen für den Konjunkturaufschwung im Land haben sich in den letzten Monaten fühlbar verbessert. Der Konjunkturklimaindex legte deutlich zu. Die meisten Unternehmen sind optimistischer und bewerten zu Beginn dieses Jahres ihre aktuelle wirtschaftliche Lage deutlich besser. Zu Euphorie besteht kein Anlass. Wir haben in der Zeit der Krise einen kühlen Kopf bewahrt, und wir werden jetzt, wenn es wieder aufwärtsgeht, nicht abheben. Die Tragfähigkeit des Aufschwungs muss sich erst noch beweisen.

Klar ist: Die Impulse kommen nicht aus dem Binnenmarkt. Es sind die Nachfrageimpulse aus den asiatischen Märkten, die sich konjunkturell noch schneller erholt haben. Es ist ein nicht ausrottbarer Irrglaube, dass ein schwacher Euro die Exportchancen erhöhe. Das ist falsch. Es ist nur die Weltkonjunktur.

Die Kritik der OECD, die deutsche Exportstärke verursache Spannungen, ist Neidgeschwätz. Nur finanziell solide und international wettbewerbsfähige Mitgliedsstaaten und Regionen können Europa aus der Schuldenkrise führen. Die Weltwirtschaftskrise der Dreißigerjahre führte zur Abkehr von der Globalisierung. Abschottung und Protektionismus endeten damals wirtschaftlich und politisch in einem Desaster. Für uns ist die Weltwirtschaftskrise eine Chance. Wir nutzen sie.

Auch wenn es die Opposition nicht wahrhaben will: Die Grundlage für den Aufschwung hat die CDU bereits in der sozialen Marktwirtschaft gelegt, die unsere Partei gegen große Widerstände in Deutschland verankert hat.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Sehr gut! – Gegenruf des Abg. Claus Schmiedel SPD: Das Heidelberger Programm von 1925 ist die Grundlage! – Abg. Theresia Bauer GRÜNE: Fünfzigerjahre!)

Damit haben wir unserem Land nicht nur Wohlstand und soziale Sicherheit ermöglicht, sondern auch wettbewerbsfähige Unternehmen, die sich auf dem Weltmarkt durchsetzen. Hätten sich andere Länder an Ludwig Erhards Prinzipien orientiert, wäre uns manche Fehlentwicklung erspart geblieben.

(Zuruf des Abg. Dieter Hillebrand CDU)

Der ungezügelter Finanzmarkt, gepaart mit einer laxen Geldpolitik der Notenbanken, führte zu einer Marktdynamik, die Freiräume für Habgier und Spekulationen eröffnete.

In unverantwortlicher Weise hat die Politik in den USA die Risiken der Niedrigzinspolitik ignoriert. Selbst Walter Eucken, der Begründer des Ordoliberalismus, hat vor mehr als einem halben Jahrhundert als marktwirtschaftliche Ordnungspolitik gefordert: Preise müssen Knappheitssignale sein. Dies schließt eine inflationstreibende Politik des billigen Geldes aus.

Wir setzen auf einen soliden Ordnungsrahmen und auf individuelle Verantwortung im Land. Das entschlossene Handeln der Bundesregierung und unserer Landesregierung im Herbst 2008 hat das Schlimmste verhindert. Innerhalb von wenigen Tagen haben Bund und Land Maßnahmen getroffen, über die wir heute sagen können, sie haben Deutschland und Baden-Württemberg vor großem Schaden bewahrt.

Im Augenblick der Not muss der Staat einspringen, aber nur dann. Es wäre ein Fehler, wenn wir die Rolle des Staates so verstünden, dass wir ihm auf Dauer immer neue Aufgaben übertragen. Wir glauben an die Verantwortungsbereitschaft unseres Mittelstands. Ohne ihn werden Arbeitsplätze nicht geschaffen.

Wir bedanken uns bei allen Unternehmen, die in der Krise zu ihren Mitarbeitern gehalten haben, die Kurzarbeit hinnehmen und eine schwere Zeit durchmachen mussten.

Allen Prognosen zum Trotz: Die Arbeitslosenzahlen sind auf dem Rückmarsch. Die Arbeitslosenquote betrug im März nur noch 5,4 %. Der Bedarf an Fachkräften ist nach wie vor hoch. Die Jugendarbeitslosigkeit in Baden-Württemberg ist die niedrigste im ganzen Bundesgebiet.

Es ist eine Irrlehre, dass der Staat der bessere Unternehmer sei.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/
DVP – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Sehr richtig! –
Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Rothaus-Brauerei!
Die Rothaus-Brauerei ist die erfolgreichste
Brauerei! – Gegenruf des Abg. Helmut Walter Rüeck
CDU: Ausnahmen bestätigen die Regel!)

Staatwirtschaften schaffen keinen Wohlstand, sondern nehmen den Menschen die Freiheit. Darum lehnen wir es ab, dass der Staat unternehmerische Entscheidungen an sich zieht. Unsere Aufgabe ist es, die Selbstheilungskräfte der Wirtschaft neu zu wecken. Der Staat muss den Markt organisieren. Wir unterstützen die Erholung unserer Wirtschaft durch eine wachstumsorientierte Wirtschaftspolitik. Wir stehen für einen soliden Haushalt. Wir schaffen die finanziellen Rahmenbedingungen sowie Planungssicherheit für unsere Unternehmen, und wir stärken die Innovationskraft unserer Wirtschaft.

Damit werden wir die Weltwirtschaft nicht beeinflussen.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Das ist ein Besinnungsaufsatz und kein Debattenbeitrag! – Abg. Peter Hofelich SPD: Geht es noch ein bisschen allgemeiner?)

Aber wir befähigen die Wachstumskräfte im Land. Mittelstand und Handwerk sind dabei die zentralen Akteure, mit denen wir die Ziele des Konjunkturpakets und des Infrastrukturprogramms des Landes verwirklichen. Staatliche Ausgabenprogramme sind nur kurzfristig nachfragewirksam. Wir werden daher den Haushalt konsolidieren und spätestens im Jahr 2012 zur Nullverschuldung zurückkehren.

Unser ehemaliger Ministerpräsident Günther Oettinger hat trotz Widerständen dafür gekämpft, dass die Schuldenbremse im Grundgesetz verankert wird. Sie ist ein Gebot der Vernunft und der Generationengerechtigkeit. Je größer die Erfolge bei der Haushaltskonsolidierung sind, desto größer sind die staatlichen Gestaltungsspielräume.

Die Krise wird zuallererst von den Menschen bewältigt, die unser Land durch ihren Fleiß, ihre Arbeit und ihren Einsatz voranbringen. Für alle, die unternehmerisch tätig sind, tun wir alles, um Kredit- und Liquiditätsengpässe zu vermeiden.

In Krisenzeiten steigt der Risikozuschlag; das ist normal. Große Konzerne können die Engpässe mit Anleihen überwinden; mittelständischen Unternehmen ist dieser Weg versperrt. Sicher können der Mittelstandsfonds und die Sondermittel der KfW helfen. Aber im Land tun wir noch mehr. Wir stärken die Eigenkapitalbasis unserer Unternehmen und stocken den Fonds der L-Bank für Mezzanine-Kapital um 100 Millionen € auf. Im gleichen Schritt erhöhen wir den Mittelstandsfonds der landeseigenen Eigenkapitalagentur um 150 Millionen €.

Im letzten Jahr gewährten die Bürgschaftsbank 2 300, die L-Bank 70 und der Wirtschaftsausschuss 40 Bürgschaften mit einem Gesamtwert von 660 Millionen €. Noch immer stehen uns Mittel für Bürgschaften zur Verfügung. Kein anderes Land hat ein vergleichbar erfolgreiches Liquiditätshilfeprogramm starten können. Das war möglich, weil wir nach zwei Jahren Nullverschuldung auch die Reserven dafür besaßen.

Auch kleine Firmen und Neugründungen lassen wir nicht im Regen stehen.

(Zuruf von der CDU: Sehr gut!)

Neben dem Seedfonds haben wir ein Starthilfeprogramm für sogenannte Mikrokredite aktiviert. Die Mindestdarlehenssumme liegt hier bei 2 500 €.

Wir setzen alles daran, Investitionen zu fördern, und wir werden alles tun, um die Bürgerinnen und Bürger zu entlasten.

(Beifall bei der CDU und der Abg. Beate Fauser FDP/
DVP – Abg. Dieter Hillebrand CDU: Sehr gut! – Abg.
Claus Schmiedel SPD: Wieso klatscht die CDU bei
„Steuersenkung“?)

Die CDU redet keiner Steuersenkungsorgie das Wort. Aber wenn substanzbesteuernde Elemente wie die Zinsschranke oder gewerbsteuerliche Hinzurechnungen die Existenz unserer Unternehmen, unseres Mittelstands bedrohen, machen wir etwas falsch.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/
DVP – Abg. Reinhold Gall SPD: Unsinn!)

Wir müssen das Vertrauen in die Finanzmärkte stabilisieren und dürfen den Banken die Kreditvergabe nicht durch enge Eigenkapitalvorschriften erschweren. Für mich ist die konsequente Umsetzung der Beschlüsse des G-20-Gipfels in Pittsburgh unverzichtbar. Wir brauchen eine weltweit enge Kooperation der Finanzaufsicht, ein Frühwarnsystem, eine globale Harmonisierung der Eigenkapitalanforderungen und keine Verschärfung von Basel II, sonst gefährden wir die wiedergewonnene Stabilität. Wir müssen weg von Ratingagenturen mit ihren angelsächsischen Denkmustern und müssen eigene, umlagefinanzierte Agenturen aufbauen, die von der Finanzaufsicht zertifiziert werden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/
DVP)

Unsere Wachstumsmotoren sind die Innovationsfähigkeit der Unternehmen, unsere industrielle Kompetenz und unsere Fähigkeit, Produktion und Dienstleistung zu neuen Lösungen zu verbinden. Bei vier Exzellenzuniversitäten im Land ist die Wahrnehmung einer solchen Aufgabe leichter. Wir werden den Schulterschluss zwischen Forschung und Industrie noch enger gestalten. Unternehmen müssen auf den Campus und integraler Bestandteil in unseren Clustern für die Forschung werden.

Kleinere Unternehmen werden mit Innovationsgutscheinen und Innovationsassistenten unterstützt. Auch sie sind Teil des Netzwerks Wissenstransfer. Unsere Wirtschaftsstruktur und unser Arbeitsmarkt sind stark vom Maschinenbau und der Automobilindustrie geprägt. Jeder sechste Arbeitsplatz hängt daran. Noch sind wir weltweit führend beim Bau von herkömmlichen Verbrennungsmotoren. Ein Strukturwandel zu neuen Mobilitätskonzepten zeichnet sich ab. Dieser wird den gesamten Prozess und die Wertschöpfungskette des Automobilbaus verändern.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Peter Straub: Herr Abgeordneter, ich darf Sie bitten, zum Ende zu kommen.

Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU: Gern. – Für jedes Glied in dieser Kette, von der Leichtbauweise bis zur Infrastruktur,

(Abg. Peter Hofelich SPD: Jetzt kommt das Neue!)

streben wir weltweit Exzellenz an. Unsere neu gegründete Landesagentur übernimmt die Steuerung. Noch nie zuvor hat eine Landesregierung so strategisch eine Marktentwicklung angepackt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Sehr gut! – Lachen bei Abgeordneten der SPD – Abg. Ursula Haußmann SPD: Ojemeine!)

Ich bin davon überzeugt, dass wir bis zum Jahr 2013 die technologische Führung bei alternativen Antrieben übernehmen werden.

Meine Damen und Herren, wir stehen mit vollem Tank und einem Topfahrer in der Poleposition. Jetzt starten wir durch.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP – Abg. Helmut Walter Rück CDU: Bravo! Eine gute Rede, vor allem der Schluss! – Abg. Peter Hofelich SPD: Und jetzt brennt die Kupplung durch!)